

Eröffnungsveranstaltung des Ärztetages in Hannover: Klare Worte an die Politik

Zum Auftakt des 130. Deutschen Ärztetages in Hannover hat der Präsident der Bundesärztekammer (BÄK), Dr. Klaus Reinhardt, die Bundesregierung scharf kritisiert. Als finanzpolitischen Etikettenschwindel bezeichnete er die Praxis, dass die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) durch versicherungsfremde Leistungen belastet werde, beispielsweise durch die Zahlung des Bürgergeldes. So werde der Bundeszuschuss zum Gesundheitsfonds im kommenden Jahr im Saldo um 1,75 Milliarden Euro reduziert. Reinhardt sprach sich daher für eine regelgebundene und transparente Ausgestaltung des Bundeszuschusses aus.

Im Beisein von Bundesgesundheitsministerin Nina Warken äußerte sich Reinhardt kritisch zu zentralen Maßnahmen des aktuellen Entwurfs zum GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetzes. So sei es widersprüchlich, bewährte Instrumente wie offene Sprechstunden und zentrale Terminvergabesysteme zwar beizubehalten, ihnen zugleich aber die finanzielle Grundlage zu entziehen. Auch die geplanten Änderungen bei der Refinanzierung von Tarifsteigerungen in Krankenhäusern sowie das verpflichtende Zweitmeinungsverfahren stießen in der Praxis auf erhebliche Bedenken. Reinhardt forderte die Bundesregierung auf, den Reformprozess neu aufzusetzen und gemeinsam mit den Akteuren der Versorgung tragfähige Lösungen zu entwickeln.

Bundesgesundheitsministerin Nina Warken ging kaum auf die Kritik ein. Stattdessen verteidigte sie vor den Zuhörern die geplanten Einsparungen im Gesundheitssystem und verkündete, dass das GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz noch vor der Sommerpause vom Bundestag beschlossen werde. In der Vergangenheit habe man viele Dinge mit Geld gelöst – auch wenn kein Geld dafür da war. Warken verfolge die Rückkehr zur einkommensorientierten Ausgabepolitik.

Dr. Klaus Reinhardt äußert in seiner Eröffnungsrede deutliche Kritik an aktuellen gesundheitspolitischen Entwicklungen.



Foto: Christian Glawe-Griebel/helliwood.com

Zu den neuen Grundsätzen gehöre auch, dass die medizinische Versorgung die nötige Evidenz liefern müsse. Daher würden beispielsweise Cannabisblüten und Homöopathie aus dem Leistungskatalog gestrichen und das anlasslose Hautkrebscreening auf den Prüfstand gestellt, so die Ministerin.

Weitere Reformen, die schon lange in der berufspolitischen Debatte seien, will Warken „in dieser Legislaturperiode“ abschließen. Darunter die Notfallreform, aber auch die Reform des Medizinstudiums. Zudem erneuerte Warken ihr Versprechen, die GOÄ-Reform auf den Weg zu bringen.

Begleitet wurde die Eröffnungsveranstaltung auch von Grußworten von Dr. Marion Charlotte Renneberg, der Präsidentin der gastgebenden Ärztekammer Niedersachsen sowie dem Ministerpräsidenten von Niedersachsen, Olaf Lies, und dem Oberbürgermeister der Stadt Hannover, Belit Onay. Musikalisch begleitet wurde die Veranstaltung von der KKS Big Band der Käthe-Kollwitz-Schule in Hannover und der ukrainischen Pianistin Marina Baranova.

Michaela Kabon

Foto: Michaela Kabon



Der 130. Deutsche Ärztetag ist im Kuppelsaal des Hannover Congress Centrum eröffnet worden.

Fotos: Christian Glawe-Griebel/helliwood.com



Für ihr Engagement sind drei Ärzte mit der Paracelsus-Medaille ausgezeichnet worden: Dr. med. Christiane Groß, M. A., posthum an Prof. Dr. med. Michael Peter Manns (entgegengenommen durch die Töchter) und Prof. Dr. med. Dr. h. c. mult. Joachim Grifka.

Nina Warken geht in ihrer Rede kaum auf die Kritik der Ärzteschaft ein.

PARACELSUS-MEDAILLE

Die deutsche Ärzteschaft hat im Rahmen der Eröffnungsveranstaltung im Kuppelsaal des Hannover Congress Centrums drei verdiente Mediziner mit der Paracelsus-Medaille ausgezeichnet: Prof. Dr. med. Dr. h. c. mult. Joachim Grifka, Dr. med. Christiane Groß, M. A. und posthum Prof. Dr. med. Michael Peter Manns.

Prof. Dr. med. Dr. h. c. mult. Joachim Grifka zählt seit Jahrzehnten zu den prägenden Persönlichkeiten der deutschen Ärzteschaft. Er hat sein Fachgebiet maßgeblich geprägt, eine internationale Reputation erarbeitet und sich in besonderer Weise für ethische Verpflichtungen und die deutsche Ärzteschaft eingesetzt. Seine wissenschaftlichen Leistungen umfassen die gesamte Breite der konservativen und operativen Orthopädie vom Gelenkerhalt über die Endoprothetik bis hin zur biomechanischen Grundlagenforschung.

Dr. med. Christiane Groß, M. A. hat sich in außerordentlicher Weise für gleichberechtigte Karrierewege von Ärztinnen im Gesundheitswesen eingesetzt und ist dafür mit der Paracelsus-Medaille ausgezeichnet worden. Aus eigenen Erfahrungen als Mutter, Medizinstudentin und Ärztin in Weiterbildung heraus hat sie sich fachlich und berufspolitisch für eine Gleichstellung von Ärztinnen im Beruf und für eine Versorgung engagiert.

Prof. Dr. med. Michael Peter Manns ist posthum mit der Paracelsus-Medaille ausgezeichnet worden. Als Arzt und Wissenschaftler hat er die Hepatologie in Deutschland und international über Jahrzehnte hinweg maßgeblich geprägt. Sein Tod im Jahr 2025 hat große Betroffenheit ausgelöst. Mit ihm verliert die Medizin eine herausragende Persönlichkeit, einen exzellenten Arzt, visionären klinischen Forscher und engagierten akademischen Lehrer, der über Jahrzehnte die Entwicklung der Universitätsmedizin in Deutschland mitgeprägt hat.

Schwerpunkt Suchtmedizin:

Ärzeschaft fordert Werbeverbote und Steuererhöhungen für Alkohol und Nikotin

57 Milliarden Euro. Eine kaum greifbare Summe. Und unfassbar wird sie, wenn man sich vor Augen führt, dass dies die jährliche Schadenssumme darstellt, die der deutschen Gesellschaft durch den Alkoholmissbrauch entsteht. Prof. Dr. Norbert Scherbaum, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen, nennt die Summe in seinem Vortrag auf dem 130. Deutschen Ärztetag in Hannover.



Der Beauftragte der Bundesregierung für Sucht- und Drogenfragen, Prof. Dr. Hendrik Streeck, betont die Bedeutung der Prävention.



Prof. Dr. Norbert Scherbaum, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen, und Dr. Katharina Schoett vom Ökumenischen Hainich Klinikum Mühlhausen sind Experten in Sachen Suchtmedizin.

Fotos: Christopher Schäfer

Die Delegierten haben sich in diesem Jahr schwerpunktmäßig mit dem Thema „Suchtmedizin im Wandel – Ärztliche Verantwortung zwischen Prävention, Versorgung und Regulierung“ beschäftigt, und manch einem blieb bei der Zahl der Mund offenstehen. Die Behandlungskosten belaufen sich laut Scherbaum auf 17 Milliarden Euro, und die restlichen Milliarden verteilten sich auf die Folgeschäden des Alkoholmissbrauchs wie Gewaltkriminalität, Unfälle im Straßenverkehr oder Arbeitsunfälle. Scherbaum stellte den Kosten die jährlichen Einnahmen durch die Alkoholsteuer in Höhe von drei Milliarden Euro jährlich entgegen und kam zu einem eindeutigen Urteil: „Das ist ein schlechter Deal.“

Nicht viel besser sieht die Bilanz beim Nikotinkonsum aus. Scherbaum sieht den Staat aufgrund des „volkswirtschaftlichen Desasters“ in der Pflicht, die Safer-Präventionsstrategie der Weltgesundheitsorganisation (WHO) konsequent umzusetzen. In Deutschland sei alleine der Zugang zu Alkohol zu

leicht: „Die Verfügbarkeit ist in Deutschland maximal rund um die Uhr gegeben.“ In Sachen Verhältnisprävention gebe es viel Luft nach oben.

Ein Experte liefert „empirische Evidenz“

Scherbaum lieferte die „empirische Evidenz“ für ein Problem, das die suchtkranken Patienten der Ärzteschaft in Praxis oder Klinik permanent vor Augen führen. Nicht schwer fiel dem Ärztetag daher der Beschluss, zu fordern, verhältnispräventive Maßnahmen bei legalen Suchtmitteln wie Alkohol sowie Tabak- und Nikotinprodukten in Deutschland konsequent umzusetzen. Notwendig seien unter anderem Werbeverbote, deutliche Steuererhöhungen, die Abschaffung des „begleiteten Trinkens“, also den Alkoholkonsum von Jugendlichen zwischen 14 und 16 Jahren, sowie die Erhöhung des Mindestalters für den Kauf und den Konsum von Alkohol auf 18 Jahre.

Foto: Christian Glawe-Griebel/hellwood.com



Das Plenum des Deutschen Ärztetags in der Eilenriedehalle im Hannover Congress Centrum.

Die Ärzteschaft kritisierte außerdem die vielerorts schlecht finanzierten Strukturen der Suchthilfe. Besonders problematisch sei auch die weiterhin bestehende Stigmatisierung von Menschen mit Abhängigkeitserkrankungen. Handlungsbedarf sahen die Delegierten auch beim Umgang mit Medizinal-Cannabis. Die vom Gesetzgeber vorgesehene Stärkung der Patientensicherheit sei zwar zu begrüßen, sie reichten aber nicht aus. Mindestens ein persönlicher Patienten-Arzt-Kontakt pro Quartal sei im Rahmen der Behandlung mit Cannabisblüten zu medizinischen Zwecken notwendig.

Synthetische Opioide sind auf einem „Siegeszug um die Welt“

Dr. Katharina Schoett, Ärztliche Direktorin und Chefarztin des Ökumenischen Hainich Klinikums Mühlhausen, berichtete von ihrer täglichen Arbeit mit Suchtkranken. „Viele Patienten sind kaum als solche zu erkennen und führen ein stilles Leben“, sagte sie und warb dafür, „immer sofort auf Augenhöhe“ mit den Patienten zu kommunizieren. Häufig seien mit den Drogenerkrankungen psychische Erkrankungen assoziiert.

Schoett stellte heraus, dass die Erkrankten Hilfe von einer Vielzahl an medizinischen Disziplinen brauchen, da ein multipler Handlungsbedarf bestehe. Derzeit seien die leicht im Darknet erhältlichen und hochpotenten synthetischen Opioide auf einem „Siegeszug um die Welt“. Die suchtkranken Menschen seien „besonders vulnerabel“ und bräuchten schnelle Hilfe: „Substitution rettet Leben“, lautete daher der Appell von Schoett.

Der Beauftragte der Bundesregierung für Sucht- und Drogenfragen, Prof. Dr. Hendrik Streeck, betonte in seinem Impulsvortrag ebenfalls die Bedeutung der Prävention. Das Gesundheitssystem sei zu sehr ein Reparaturbetrieb. Davon müsse man wegkommen. „Das beste Gesundheitssystem ist nicht da, wo die meisten Behandlungen stattfinden, sondern dort, wo die gesündesten Menschen leben. Prävention sei der Schlüssel dazu.“

Christopher Schäfer

MEHR SCHUTZ IM INTERNET FÜR KINDER UND JUGENDLICHE

Der Deutsche Ärztetag hat sich für eine deutlich strengere Regulierung sozialer Medien zum Schutz von Minderjährigen ausgesprochen. Die Ärzteschaft fordert ein Verbot der Nutzung sozialer Medien für Kinder und Jugendliche bis zum Alter von 16 Jahren. Zugleich sollen Plattformbetreiber stärker in die Pflicht genommen werden, junge Nutzerinnen und Nutzer wirksam vor suchtfördernden Algorithmen, schädlichen Inhalten, Cybermobbing und Grooming zu schützen.

Übermäßiger Medienkonsum könne sich unter anderem negativ auf Sprachentwicklung, Aufmerksamkeit, Schlaf, motorische Entwicklung sowie die soziale und emotionale Reifung auswirken. Der Ärztetag fordert den Gesetzgeber deshalb auf, Prävention, Früherkennung und Behandlung problematischer Mediennutzung bei Kindern und Jugendlichen strukturell zu stärken.

Erklärung von Bundesärztekammer und allen Landesärztekammern

Zu den Schilderungen von Medizinstudentinnen über Grenzverletzungen und Übergriffe von Teilnehmenden des 130. Deutschen Ärztetages haben die Bundesärztekammer und alle Landesärztekammern gemeinsam eine Erklärung veröffentlicht. Wir geben sie hier im Wortlaut wider:

„Die Schilderungen von Medizinstudentinnen über Grenzverletzungen und Übergriffe durch Teilnehmende des 130. Deutschen Ärztetages machen uns tief betroffen. Grenzüberschreitendes Verhalten, sexuelle Belästigung sowie jede Form verbaler oder körperlicher Übergriffe sind absolut inakzeptabel und mit dem Selbstverständnis unseres Berufs unvereinbar. Wer die Würde und persönliche Integrität anderer missachtet, verletzt grundlegende Werte ärztlichen Handelns: Respekt, Verantwortung und Achtung gegenüber Mitmenschen.

Transparenz und Offenlegung von solchem Fehlverhalten sind entscheidend, um notwendige Veränderungen anzustoßen. Es war deshalb ausgesprochen mutig und absolut richtig, dass sich die betroffenen Studentinnen an den Vorstand der Bundesärztekammer gewandt und ihre Erfahrungen bereits während des Deutschen Ärztetages öffentlich gemacht haben. Dafür gebührt ihnen Anerkennung und großer Respekt. Die Bundesärztekammer steht weiterhin an der Seite der Betroffenen und wird sie - auch mit der Möglichkeit unabhängiger juristischer Beratung - umfassend unterstützen. Dazu gehört auch die Aufarbeitung der konkreten Vorfälle. Wichtig ist uns dabei, dass die Betroffenen selbst über alle weiteren Schritte zur Aufklärung der Vorfälle entscheiden.

Die anschließende intensive Debatte auf dem Deutschen Ärztetag hat verdeutlicht, dass Machtmissbrauch und sexualisierte Gewalt im Gesundheitswesen in unterschiedlichen Kontexten vorkommen und nicht verleugnet oder verdrängt werden dürfen. Fehlverhalten muss sichtbar gemacht, klar benannt und konsequent aufgearbeitet werden. Nur so können Grenzüberschreitungen frühzeitig erkannt und wirksame Schutzmechanismen etabliert werden. Der Deutsche Ärztetag hat im Rahmen dieser Debatte und in zahlreichen Beschlüssen Mittel und Wege benannt, um Aufarbeitung, Prävention und konsequentes Handeln bei Fehlverhalten zu stärken.

Die aus dieser Debatte gewonnenen Erkenntnisse und die gefassten Beschlüsse sind für uns auch im weiteren Umgang mit den konkreten Geschehnissen auf diesem Deutschen Ärztetag handlungsleitend. Die Bundesärztekammer und die Landesärztekammern werden bestehende Regelwerke systematisch überprüfen und gezielt weiterentwickeln, verbindliche Standards festlegen und Schutz- sowie Präventionsstrukturen nachhaltig stärken. Dazu gehören insbesondere:

- die Entwicklung verbindlicher Verhaltenskodizes insbesondere für Teilnehmende unserer Veranstaltungen,
- die verbindliche Verankerung entsprechender Vorgaben in Satzungen und Geschäftsordnungen,
- die Etablierung von Awareness-Konzepten für den Deutschen Ärztetag und andere große Veranstaltungen sowie
- die Benennung unabhängiger Vertrauenspersonen (Ombudspersonen) als niedrigschwellige Anlaufstellen für Betroffene.

Unser Ziel ist es, aus den geschilderten Vorfällen konsequent strukturelle Lehren zu ziehen und Prävention dauerhaft zu verankern. Der Deutsche Ärztetag muss ein Ort sein, an dem sich alle Teilnehmenden sicher und respektiert fühlen – unabhängig von Alter, Geschlecht oder Position.

Für Machtmissbrauch, sexuelle Belästigung und jede Form respektlosen Verhaltens ist auch im Gesundheitswesen und insbesondere auf dem Deutschen Ärztetag kein Platz. Dafür werden wir konsequent eintreten. Das Thema ‚Machtmissbrauch, sexualisierte Gewalt und Diskriminierung‘ wird ein Schwerpunktthema auf dem kommenden Deutschen Ärztetag sein.“

Eindrücke vom 130. Deutschen Ärztetag in Hannover

Vier Tage lang haben 250 Abgeordnete der 17 Landesärztekammern zum 130. Deutschen Ärztetag im Hannover Congress Centrum getagt. Die Landesärztekammer Rheinland-Pfalz war mit elf Delegierten im Plenum vertreten. In einer Umfrage schildern sie ihre Eindrücke.

Fotos: Michaela Kabon



Dr. Anja von Buch

Für mich war der 130. Deutsche Ärztetag in Hannover der zweite Ärztetag als Delegierte. Besonders beeindruckt hat mich die Rede des Präsidenten der Bundesärztekammer Klaus Reinhardt bei der Eröffnung. Mit der Suchtmedizin war ein wichtiges und gutes Thema als Schwerpunkt für den Ärztetag gesetzt. Für die Weiterbildung hatte das Plenum am dritten Tag des Deutschen Ärztetages viel Zeit zum Diskutieren. Das war für dieses essentielle Thema auch notwendig und sehr gut gesetzt. Am Rande der Sitzungen in der Messehalle bot der Ärztetag auch wieder eine schöne Zeit mit einem guten Miteinander von Haupt- und Ehrenamt. Gestört hat mich in der Ärztetagswoche die mangelnde Disziplin vieler Abgeordneten bei den aufgerufenen Tagesordnungspunkten. Die Diskussionen zeichneten sich häufig durch redundante Wortbeiträge aus. Mit mehr Disziplin bliebe mehr Zeit für andere wichtige Themen. Was auch sehr bescheiden war: das verregnete und kühle Wetter in Hannover. Betroffen und nachdenklich gemacht hat mich das Statement der Studierenden zu unangemessenen Übergriffen auf dem Deutschen Ärztetag - hier muss eine Aufarbeitung stattfinden



Dr. Stephan Buchner

Der 130. Deutsche Ärztetag in Hannover ist mein persönlicher erster Ärztetag und ich war sehr beeindruckt von dieser Veranstaltung. In der Eröffnungsrede hat Klaus Reinhardt die dringenden Probleme, die wir in Gesundheitswesen haben, pointiert zusammengefasst. Die Finanzierung des Gesundheitssystems nur an den Einnahmen festzumachen, wird den Möglichkeiten einer modernen Medizin und dem medizinischen Bedarf einer älter und damit auch kränker werdenden Gesellschaft nicht gerecht. Erschreckend war die empathielose Begrüßungsansprache der Bundesgesundheitsministerin Nina Warken. Hier war keinerlei Verständnis für die Probleme im Gesundheitswesen zu erkennen, keinerlei Mitgefühl für die Sorgen und Nöte der Patienten, wie auch von Krankenhäusern und niedergelassenen Ärzten. Spannend und wichtig gerade für unsere jugendlichen Patienten sind die Beschlüsse zum Thema Sucht und Drogen sowie Social Media. Die hier gefassten Empfehlungen sollten richtungsweisend sein: Kein Alkohol unter 18 Jahren, kein Social Media unter 16 Jahren, keine Verführung zu Nikotin und die Rücknahme der Le-

galisierung von Cannabis werden zu einem gesünderen Aufwachsen unserer Kinder und Jugendlichen beitragen. Es ist sehr zu hoffen, dass diese mit großer Mehrheit gefassten Beschlüsse von der Politik aufgenommen und umgesetzt werden. Die Entscheidung, sich auf dem nächsten Ärztetag mit den Themen Macht, Machtmissbrauch und sexualisierte Gewalt im Gesundheitswesen auseinanderzusetzen, begrüße ich sehr.



Edeltraud Lukas

Für mich war es der zehnte Deutsche Ärztetag. Den Vortrag der Gesundheitsministerin habe ich als erschreckend unklar und unpräzise wahrgenommen. Sie ignorierte die im Vorfeld bekannten kritischen Äußerungen der Ärzteschaft. Dagegen überraschte die Rede des Präsidenten der Bundesärztekammer mit klaren Aussagen zu den bestehenden Problemen in der Gesundheitspolitik. Bei einem Fernsehinterview im ZDF-Morgenmagazin hatte er noch seine Zustimmung zum Sparkurs geäußert. Die Referenten haben das Schwerpunktthema „Sucht-

medizin im Wandel“ gut dargestellt. Am Anfang hatte ich mich gefragt, wie wir die Antragsflut wohl bewältigen würden. Dank der frühen Abgabefrist war ein erster Schritt schon getan. Bei „TOP 1c: aktuelle Fragen der ärztlichen Berufsausübung“ wurde beschlossen, eine Kategorisierung vorzunehmen, indem die Delegierten zehn Bereiche priorisieren konnten. Diese Vorgehensweise könnte man auch für andere große Blöcke anwenden. Insgesamt hat das Plenum zügig und konzentriert vieles ordentlich abgearbeitet. Der Beitrag der Gruppe Medizinstudentinnen hat mich erschüttert und beschäftigt mich noch. Die Ärztekammern sind aufgefordert, die Berufsordnung dahingehend zu verändern, dass auch tatsächlich Sanktionen verhängt werden können. Beispielsweise sollte diesen Kollegen die Facharztqualifikation und – falls vorhanden – die Weiterbildungsbezugnis entzogen werden. Parallel dazu muss präventiv gehandelt werden. Für mich war es der letzte Ärztetag. Und tschüss.



Dr. Nico Abegunewardene

Ich habe den Ärztetag bereits zum dritten Mal besucht. Besonders beeindruckt hat mich am 130. Deutschen Ärztetag in Hannover die Vielfalt an modernen Themen, wie beispielsweise die Diskussionen rund um den Einsatz von Künstlicher Intelligenz in der Medizin. Als das wichtigste und am besten gelungene Thema der Veranstaltung empfand ich den Bereich der Weiter-

bildung. Dafür nahm sich der Ärztetag einen ganzen Tag Zeit, so dass sehr wertvolle Ansätze diskutiert werden konnten. Gerade für die Zukunft unseres Nachwuchses müssen hier dringend moderne, flexible Konzepte durch eine stärkere Förderung von Weiterbildungsverbünden flächendeckend etabliert werden. Ein kritischer Punkt war für mich jedoch die schiere Menge an eingebrachten Anträgen. Es waren schlichtweg zu viele, was die Strukturierung erschwert hat. Für die Zukunft halte ich eine klare Begrenzung der Anträge für zwingend erforderlich, um die Qualität der Debatten zu sichern.



San.-Rätin Dr. Charis Eibl

Hochachtung habe ich vor den mutigen Medizinstudentinnen, die am letzten Sitzungstag inakzeptable Verhaltensweisen männlicher Teilnehmer offen zur Sprache gebracht haben. Aus meiner Sicht sollten die näheren Umstände dieser Vorfälle aufgearbeitet werden. Vor dem Ärztetag war es höchst interessant, die Sichtweise der jungen Kollegen beim „Dialogforum Junge Ärztinnen und Ärzte“ zu hören, die sich in der Selbstverwaltung engagieren möchten. Sie fordern dafür neuen Wind und moderne Formate, um neben Familie und Beruf eine Mitarbeit in den Kammergremien möglich zu machen. Hierfür sollten wir auch in Rheinland-Pfalz Möglichkeiten ausloten. Als langjährige Vorsitzende des Weiterbildungsausschusses der Landesärztekammer liegt mir das Thema

Weiterbildung besonders am Herzen. Die vielen Änderungen der aktuellen Musterweiterbildungsordnung wurden strukturell sehr gut vorbereitet. Bei der Diskussion wurde insbesondere in den Gebieten Innere Medizin, Neurologie und Psychiatrie klar, dass indirekt auch die Fachgesellschaften im Saal mit abstimmen. So hat zum Beispiel die aus meiner Sicht sinnvolle Lockerung der stationären Pflichtzeit im Schwerpunkt der internistischen Weiterbildung keine Mehrheit gefunden. Sehr schön war auf dem Ärztetag auch der intensive kollegiale Austausch innerhalb der Delegierten aus Rheinland-Pfalz und mit anderen Kammern. Das weitet den Blick und zeigt andere Lösungsansätze für ähnliche Probleme. Großes Lob möchte ich an das Hauptamt richten, das uns in jeglicher Hinsicht hervorragend unterstützt hat.



Dr. Jonas Fröhlich

Für mich war der Ärztetag in Hannover der zweite Deutsche Ärztetag. Entsprechend war die Aufregung im Vorfeld geringer als beim ersten Mal, zugleich bleibt die Teilnahme immer spannend, da die behandelten Inhalte und Schwerpunkte jedes Jahr unterschiedlich sind. Beeindruckend waren erneut die thematische Breite und die professionelle Organisation des Ärztetags. Die Vielzahl der Themen hat deutlich gemacht, wie breit die ärztliche Selbstverwaltung aufgestellt ist und wie viele unterschiedliche Herausforderungen aktuell diskutiert werden. Besonders positiv aufge-

fallen ist mir die souveräne Moderation durch den Präsidenten Klaus Reinhardt. Seine präzise und differenzierte Sprache hat wesentlich dazu beigetragen, die Debatten strukturiert und auf hohem Niveau zu führen. Sehr erfreulich war aus meiner Sicht auch, dass im Bereich der Weiterbildungsordnung zahlreiche Entscheidungen getroffen werden konnten. Sehr nachdenklich und traurig gemacht haben mich die Berichte von einer Gruppe Medizinstudentinnen, die von Belästigungen im Kontext des Ärztetags berichtet haben. Geschildert wurden unangemessene Berührungen sowie völlig inakzeptable Aufforderungen zur privaten Kontaktaufnahme. Ein solches Verhalten Einzelner ist nicht akzeptabel und dem ärztlichen Beruf nicht würdig. Ich hoffe und möchte meinen Beitrag in der ärztlichen Selbstverwaltung dazu leisten, dass es nicht bei Betroffenheitsbekundungen bleibt, sondern konkrete Konsequenzen gezogen werden, damit sich ein solches Verhalten künftig nicht wiederholt.



**dr.med.univ./Univ. Budapest
Julia Hoppe**

Der 130. Deutsche Ärztetag in Hannover war mein erster Ärztetag als Delegierte. Besonders beeindruckt hat mich gleich zu Beginn die Eröffnungsfeier mit der Rede des Präsidenten der Bundesärztekammer. Gefallen hat mir auch die musikalische Begleitung der Eröffnungsveranstaltung durch die KKS Big Band der Käthe-Kollwitz-Schule aus Hannover. Großen Respekt habe

Foto: Christopher Schäfer



Abstimmung zum Finanzhaushalt: Dr. Claus Beermann hebt für Rheinland-Pfalz die grüne Karte.

ich vor den jungen Frauen, die den Mut hatten, zum Ende des Ärztetages vor dem großen Plenum über die sexuellen Übergriffe zu berichten, die ihnen widerfahren sind. Ich finde es daher sehr gut, dass der nächste Ärztetag 2027 das Thema noch einmal aufgreift, unabhängig von der erforderlichen aktuellen Aufarbeitung. Positiv fiel mir auf, dass es immer mehr junge Delegierte gibt und das sich auch viele weibliche Kolleginnen berufspolitisch engagieren. Geprägt war die Woche auch durch die Gespräche mit anderen Delegierten und Besuchern des Ärztetages und den tollen Austausch mit unseren rheinland-pfälzischen Delegierten. Danken möchte ich für die Organisation durch die Bundesärztekammer und die Landesärztekammer Rheinland-Pfalz. Gestört hat mich die teilweise fehlende Disziplin mancher Delegierten. Die Inhalte der Redebeiträge wiederholten sich mehrfach. Zudem wurden viele Anträge sehr spät eingereicht. Es wäre schön, wenn mehr Zeit wäre, um sich mit den Anträgen zu befassen.



Dr. Claus Beermann

Für mich war der Ärztetag in Hannover mein 18. Ärztetag. Das wichtigste Thema war aus meiner Sicht die Weiterentwicklung der (Muster-) Weiterbildungsordnung. Dazu sollte die Weiterbildung von den Weiterzubildenden ausgedacht werden. Wir müssen schauen, welche Inhalte in welchen Zeiten erlernt werden können. Der Gedanke, dass längere Weiterbildungszeiten bessere Fachärzte generieren, ist falsch. Nicht aus den Augen lassen können wir die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Weiterbilder. Am Ende liegt unsere Verantwortung auf einer qualitativ

hochwertigen Patientenversorgung. Die nicht zu bewältigende Antragsflut zur Weiterbildung war unglaublich. 48 offene Redebeiträge auf der Rednerliste bei einer Redezeitbegrenzung von zwei Minuten und 55 Anträgen in einer halben Stunde – wie soll das zu schaffen sein? Diese Entwicklung hatte das Ende der Debatte und eine pauschale Überweisung an den Vorstand zur Folge. So konnten wir zu diesem Punkt gar nicht mehr debattieren. Ein Ärztetag ohne Debatte? Dann braucht man als Delegierter auch nicht mehr hin-fahren. Wir verschwenden jede Men-ge Zeit mit Abstimmungen, welche Verfahren genutzt werden sollen, statt echte Themen zu diskutieren. Gleich-zeitig ist die Menge einfach nicht zu bewältigen. Mit 180 Anträgen hatten wir einen neuen Rekord erreicht. 70 An-träge sind am Ende übriggeblieben und an den Vorstand verwiesen worden. Allgemeinpolitische Botschaften wie Tempo 30 oder die Veränderung von

Schulcurricula sollten reduziert wer-den, um mehr Platz für unsere Kernthe-men zu schaffen.



Dr. Sonja Dörr

Ich habe dieses Jahr zum vierten Mal am Deutschen Ärztetag teilgenom-men. Sehr beeindruckt haben mich die Studentinnen, die über Belästigung während der Ärztetagswoche berichtet

haben. Es gehört sehr viel Mut dazu, vor so viele Menschen zu treten und ein Thema anzusprechen, für das man nicht unbedingt Lorbeeren erntet. Ich bin sehr froh, dass das Thema „Macht-missbrauch in der Medizin“ diskutiert wurde, weiterhin Thema bleibt und, dass sich die Ärzteschaft diesem The-ma stellt - es ist höchste Zeit. Anson-sten waren es sehr gute Tage, die wir mit guten Gesprächen, Diskussionen und der konzentrierten Erarbeitung von Beschlüssen verbracht haben. Gestört hat mich während der Woche die Käl-te der Klimaanlage in der Messehalle des Hannover Congress Centrum und dass es offensichtlich Personen gibt, die nicht wissen, wie man sich beneh-men sollte.



Dr. Walter Gradel

Ich war seit 2017 als Gast oder Ersatz-delegierter auf jedem Präsenz-Ärzte-tag. In diesem Jahr war ich erstmals als Delegierter vor Ort. Wie wohl die meisten Delegierten war auch ich ge-schockt von den Berichten der weib-lichen Delegierten der Medizinstudie-rendenvertretung über Übergriffe von Teilnehmern des Ärztetages. Das ist nicht nur völlig inakzeptabel, sondern auch sehr ärgerlich, dass dies in der Öffentlichkeit als Resümee des Ärzte-tages in Erinnerung bleibt. Ansonsten habe ich den diesjährigen Ärztetag als sehr konstruktiv empfunden. Der größ-te Teil der Redebeiträge war inhaltlich fundiert und wurde konzentriert vorge-tragen. Ich finde es sehr angemessen,

dass ein ganzer Tag dem Thema Wei-terbildung gewidmet wurde. Es sind sich alle einig, dass die Weiterbildung eine Kernaufgabe der Ärztekammern ist. Sehr schade war, dass durch die Vielzahl der Anträge zeitlich nicht alle Themenfelder bearbeitet und diskutiert werden konnten. Zudem hat sich auch in diesem Jahr wieder gezeigt, dass der Ärztetag eine sehr gute Gelegenheit bietet für den kollegialen Austausch, regional und überregional. Dieser ist für die Kammerarbeit und die hierfür notwendige Vernetzung sehr wichtig.



Mariza Oliveira Galvão

Noch nie haben mich so viele Men-schen nach meiner Rückkehr vom Deutschen Ärztetag auf diese Veran-staltung angesprochen. Noch nie habe ich so viele verschiedene Publikationen zu diesem Thema gesehen, noch bevor ich wieder zuhause angekommen war. Grund war der vierte Tag, der sicher-lich allen Teilnehmern noch lange in Erinnerung bleiben wird und die ganze Veranstaltung überschattet hat: Mehrere junge Studierende nutzten das ihnen gewährte Rederecht durch den nordrheinischen Kammerpräsidenten Dr. Sven Dreyer, um über ihre Erlebnis-se rund um den Ärztetag zu berichten. Erlebnisse geprägt durch Respektlosig-keit, fehlender Distanz und Überschrei-ten vieler Grenzen ihnen gegenüber. Hinzu kam für uns die fortlaufende Kommentierung von Anträgen durch vornehmlich ältere männliche Delegier-te aus den Reihen hinter uns, die uns



Um auf den Tag im Plenum einzustimmen, treffen sich die rheinland-pfälzischen Delegierten zur morgendlichen Besprechung.



Elf Delegierte und der Präsident Dr. Günther Matheis sind für die rheinland-pfälzische Landesärztekammer auf dem DÄT 2026 vertreten.

**Der nächste
Deutsche Ärztetag
findet vom
4. bis 7. Mai 2027
in Wiesbaden statt.**

**Im Jahr 2028 tagt der
Deutsche Ärztetag
vom 23. bis 26. Mai
in Kiel.**

erklären wollten, wie wir abzustimmen hätten. Zusammengenommen lässt sich leider nicht leugnen, dass sich die Zeiten zwar geändert haben, einige der Delegierte dies aber leider immer noch nicht mitbekommen haben. Ich möch-te mich an dieser Stelle bei meinen rheinland-pfälzischen Kolleginnen und Kollegen, die gemeinsam mit mir als Delegierte am Ärztetag teilgenommen haben, für den Austausch, die Zusam-menarbeit und gegenseitige Unterstüt-zung bedanken. Ebenfalls ein großer Dank geht an unser Hauptamt der Landesärztekammer Rheinland-Pfalz deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter uns schon im Voraus durch Organisa-tion, Rat und Tat zur Seite gestanden haben, und auch in Hannover jederzeit zur Stelle waren.

Die Eindrücke hat Michaela Kabon aufgezeichnet.

Umfassende Änderungen für die ärztliche Weiterbildung beschlossen



Foto: Michaela Kabon

Zum Start in den Tag treffen sich die Delegierten zur Besprechung.

Der dritte Plenumstag des 130. Deutschen Ärztetages hat sich der ärztlichen Weiterbildung gewidmet. Hierfür haben die Delegierten umfangreiche Änderungen beschlossen. Ziel war es, die Weiterbildung weiterzuentwickeln, die (Muster-) Weiterbildungsordnung zu verschlanken und Verwaltungsprozesse zu vereinfachen. Die Vorsitzenden der Ständigen Konferenz „Ärztliche Weiterbildung“ der Bundesärztekammer, Prof. Dr. Henrik Herrmann und Dr. Johannes Albert Gehle, stellten dem Plenum die entwickelten Änderungsvorschläge vor.

Unter anderem wurde bei acht Facharztbezeichnungen (Anatomie, Hygiene und Umweltmedizin, Öffentliches Gesundheitswesen, Neuropathologie, Pathologie, Klinische Pharmakologie, Pharmakologie und Toxikologie sowie Physiologie) die Mindest-Weiterbildungszeit verkürzt. Die Facharztbezeichnung Biochemie wurde gestrichen. Bei 29 Facharztbezeichnungen wurden die Weiterbildungsabschnitte angepasst.

Besonders zum Thema Weiterbildung meldeten sich auch die rheinland-pfälzischen Delegierten zu Wort und vertraten ihre Meinung vor dem Plenum. Mariza Oliveira Galvão plädierte dafür, die Weiterbildungszeiten nicht noch mehr einzuschränken. „Die Weiterbildung sollte möglichst flexibel bleiben“, so die Fachärztin für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik. Dr. Anja von Buch wies darauf hin, dass der Anspruch an die Kollegen teilweise extrem hoch sei und einige Anforderungen wie die Teamfähigkeit und Führungsqualitäten schwer im eLogbuch zu attestieren seien.

Michaela Kabon

SONSTIGE THEMEN

Schutz von Patientendaten

Der Ärztetag lehnt das Vorhaben der Bundesregierung ab, Krankenkassen die Aufgaben zu übertragen, Daten ihrer Versicherten, auch die aus der elektronischen Patientenakte, individuell auszuwerten und ohne Rückkopplung mit den Behandlern eigenständig auf die Betroffenen zuzugehen. Die Identifikation patientenindividueller Gesundheitsrisiken sei nicht Aufgabe der Krankenkassen, sondern eine originär ärztliche Aufgabe.

Notfallreform praxistauglich gestalten

Die geplante Reform der Akut- und Notfallversorgung und des Rettungsdienstes soll praxistauglich gestaltet werden. Beide Systeme sollten konsequent von Fällen entlastet werden, die keine Notfallversorgung erfordern. Eine Voraussetzung dafür sei die verbindliche Nutzung der Zugangswege in die Versorgung und der vorgesehenen Behandlungspfade.

KI-Anwendungen prüfen

KI-Anwendungen sollen vor ihrem Einsatz in der Medizin durch unabhängige klinische Studien geprüft werden. In den Studien sollte unter anderem untersucht und dargelegt werden, wie die KI in klinische Entscheidungsprozesse eingebunden ist, welchen Einfluss sie auf ärztliche Entscheidungen hat und welche Risiken durch Fehlinterpretation, Übervertrauen oder Automatisierungsverzerrung bestehen.

Gewaltprävention statt neuer Meldepflichten

Der Ärztetag hat Bund und Länder aufgefordert, Gewaltprävention bei Menschen mit psychischen Erkrankungen konsequent über eine bessere Versorgung, statt über neue Meldepflichten umzusetzen. Eine Ausweitung staatlicher Eingriffe zulasten der ärztlichen Schweigepflicht lehnen die Abgeordneten ab.

Medizinische Angebote in Drogeriemärkten

Medizinische Angebote in Drogeriemärkten und anderen Gewerbebetrieben sind aus Sicht der deutschen Ärzteschaft ein Risiko für Patienten. Der Ärztetag hat den Gesetzgeber aufgefordert, derartige Angebote zu unterbinden. Sie liefern lediglich isolierte Momentaufnahmen ohne medizinischen Kontext. Dies könne Menschen unnötig verunsichern oder sie in falscher Sicherheit wiegen.

Foto: Michaela Kabon



Konzentriert sind die Delegierte bei der Arbeit im Plenum

Krankenhausreform weiterentwickeln

Die Krankenhausreform muss in zentralen Punkten weiterentwickelt werden. Ziel sei es, die Versorgung zu sichern, die ärztliche Weiterbildung zu stärken und die Reform insgesamt praxistauglich auszugestalten. Unter anderem warnt der Ärztetag, dass die geplante Vorhaltevergütung in ihrer derzeitigen Ausgestaltung nicht tragfähig sei. Eine echte Vorhaltevergütung müsse sich am zugewiesenen Versorgungsauftrag und am Bedarf der Bevölkerung orientieren und eine angemessene Personalausstattung sichern, heißt es im Beschluss.

Ärztetag fordert Schutz der freiberuflichen Arztpraxis

Künftige Ärztegenerationen müssen eine realistische Perspektive haben, fachärztliche Einzel- oder Gemeinschaftspraxen zu gründen oder zu übernehmen und wirtschaftlich tragfähig zu führen. Nur so könne die wohnortnahe ambulante Versorgung gesichert werden. In diesem Zusammenhang erneuerte der Ärztetag seine Forderung nach einer gesetzlichen Regulierung investorenbetriebener medizinischer Versorgungszentren. Dazu gehörten räumliche und fachliche Gründungsbeschränkungen, ein verpflichtendes Trägerregister sowie transparente Inhaber- und Beteiligungsstrukturen.

Foto: Christopher Schäfer



Dr. Walter Gradel meldet sich mit einem Beitrag zu Wort.

Foto: Christopher Schäfer



Im Hintergrund aktiv: Die hauptamtlichen Mitarbeiter begleiten die Delegierten beim Deutschen Ärztetag.

Gesundheitssystem krisenfest machen

Der Ärztetag hat den Gesetzgeber aufgefordert, klare rechtliche Grundlagen für ein krisenfestes Gesundheitssystem zu schaffen. Die Vorbereitung dürfe sich nicht auf den Bündnis- oder Verteidigungsfall beschränken, sondern müsse auch Pandemien, Naturkatastrophen und Schädigungen der kritischen Infrastruktur einbeziehen. Der Ärztetag sprach sich unter anderem dafür aus, die Zusammenarbeit aller Ebenen und Akteure im Zivil- und Katastrophenschutz klar zu definieren und aufeinander abzustimmen.

Foto: Christian Glawe-Griebel/ helliw



Dr. Günther Matheis spricht vor dem Plenum zu einem Antrag.

Dialogforum mit jungen Ärztinnen und Ärzten: Was es für ein Engagement in der Selbstverwaltung braucht

Foto: Christopher Schäfer

„Die ärztliche Selbstverwaltung repräsentiert nicht die Wirklichkeit.“ Theresa Buuck, Hausärztin aus der Nähe von Rostock, sprach in ihrem Vortrag eine unangenehme Wahrheit aus. Ob in den Vertreterversammlungen, Vorständen oder Ausschüssen: Die sozialstrukturelle Zusammensetzung der Gremien spiegelt nicht die Grundgesamtheit der Ärzteschaft wider. Es fehlt an Frauen, an Jüngeren und an Menschen, die ihre familiären Wurzeln außerhalb Deutschlands haben. Diese Tatsache ist ein Grund für die Bundesärztekammer, das „Dialogforum mit jungen Ärztinnen und Ärzten“, das jährlich im Vorfeld des Deutschen Ärztetags über die Bühne geht, auszurichten. Das Motto lautete in diesem Jahr „Einfach machen. Selbstverwaltung der Zukunft.“ Dahinter steht auch die existenzielle Frage, wer künftig professionelle Verantwortung für die Rahmenbedingungen ärztlicher Tätigkeit übernehmen wird.

Es ist keineswegs so, dass zum Beispiel die jüngeren Ärzte kein Interesse an der ärztlichen Selbstverwaltung hätten. Beleg dafür war die große Teilnehmerzahl am Forum, das sogar in einen Nebenraum übertragen wurde, weil der Saal komplett voll mit jungen Medizinern war. Dennoch sind die Jüngeren vielerorts unterrepräsentiert, was Fragen aufwirft: Wollen sich die Jüngeren nicht engagieren, weil neben einem anstrengenden Job, der Familie und anderen Freizeitaktivitäten vielleicht einfach keine Zeit bleibt? Oder werden sie eventuell von den Älteren im Ehrenamt nicht gelassen?

Dr. Ellen Lundershausen, Vize-Präsidentin der Bundesärztekammer, wollte von Teilnehmern wissen, was aus ihrer Sicht die Hindernisse auf dem Weg in die ärztliche Selbstverwaltung sind. Und Theresa Buuck, die auch Vorsitzende des Ausschusses junge Ärztinnen und Ärzte der Ärztekammer Mecklenburg-Vorpommern ist, lieferte Antworten darauf. Ihre Kernthese: Man sollte sich in der Selbstverwaltung nicht erst beweisen müssen, bevor man sprechen darf. Zeitlich und örtlich flexibel müssten Gremiensitzungen sein – Stichwort hybride Sitzungen – und den Jüngeren müsse Gestaltungsmacht übertragen werden. Diese Voraussetzungen seien in ihrer Kammer gegeben, in allen Ausschüssen, so berichtete sie, seien die jungen Ärzte inzwischen verortet. Am Ende hielt Buuck ein flammendes Plädoyer für das Engagement in der Selbstverwaltung: „Übernehmen Sie Verantwortung! Ergreifen Sie Stimme!“, rief sie ihrem Publikum entgegen und erntete einen lauten Applaus, der kaum enden wollte.



Auf Einladung der Landesärztekammer Rheinland-Pfalz haben drei junge Ärztinnen am Dialogforum teilgenommen (von links): die beiden Sprecherinnen des Arbeitskreises junge Ärztinnen und Ärzte Rheinland-Pfalz, Jessica Loke (links) und Dr. Sophie von Hatzfeldt (rechts), sowie PD Dr. Jasmin Rezapour.

Moderiert wurde das Dialogforum im Hannover Congress Centrum von Dr. Pedram Emami, Präsident der Ärztekammer Hamburg. In einer Podiumsdiskussion im sogenannten Fishbowl-Format konnten abwechselnd verschiedene junge Ärzte auf dem Podium Platz nehmen, um ihre drängendste Frage loszuwerden. Eine Kritik, die die Teilnehmer nickend entgegennahmen, war der für Jüngere störende Eindruck, die Selbstverwaltung bestehe hauptsächlich aus einem Gegeneinander verschiedener Interessen von Ärztegruppen, sprich aus Grabenkämpfen. „Wir müssen uns alle darauf zurückbesinnen, dass wir alle Ärztinnen und Ärzte ein und denselben Beruf haben“, betonte Jana Pannenbäcker, Vize-Präsidentin des Deutschen Ärztinnenbundes. Von den Kammern forderte sie, eine Wir-Identität gemeinsam mit der jungen Ärzteschaft zu schaffen, also etwa in den Kliniken auf die Jüngeren zuzugehen. Im Anschluss des Dialogforums kamen die jungen Ärzte im Rahmen eines „World-Cafés“ mit Vertretern der Kammern, besonders aber untereinander ins Gespräch. Gut vernetzt in Gemeinschaft mit Gleichaltrigen gelingt der Schritt ins ehrenamtliche Engagement womöglich noch leichter.

Christopher Schäfer

Marburger Bund fordert besseren Schutz für Kinder und Jugendliche

Die 147. Hauptversammlung des Marburger Bunds (MB), die im Vorfeld des 130. Deutschen Ärztetags in Hannover tagte, hat Beschlüsse zu kontrovers diskutierten Themen gefasst. Unter anderem fordert der MB die Politik dazu auf, Maßnahmen zum Gesundheitsschutz von Kindern und Jugendlichen zu ergreifen. So schlägt der MB ein Social-Media-Verbot für Kinder und Jugendliche bis zum Alter von 16 Jahren vor. Bund und Länder müssten die suchterzeugende Wirkung von Social Media-Angeboten anerkennen und gesundheitliche Aufklärung betreiben. Zudem spricht sich der MB für strengere Regelungen beim Zugang zu Alkohol aus. Der Verkauf hochprozentiger alkoholischer Getränke soll nur in lizenzierten Verkaufsstellen wie in nordischen Ländern und nicht mehr in Supermärkten, Tankstellen und Kiosken erfolgen. Der MB unterstützt auch die Gesetzespläne, das sogenannte „begleitete Trinken“ für Jugendliche ab 14 Jahren abzuschaffen. Dies seien wirkungsvolle „Methoden der Prävention“, sagt die 1. Vorsitzende des MB, Dr. Susanne Johna. In einem weiteren Beschluss fordert der MB, dass die von den gesetzlichen Krankenkassen getragenen Gesundheitskosten von Grundsicherungsempfängern in Höhe von zwölf Milliarden Euro durch den Steuerhaushalt zu finanzieren sind. Zudem kritisiert der MB die im GKV-Beitragsstabilisierungsgesetz vorgesehenen Ausgabenkürzungen, die zu „qualitativen Einschnitten in der Versorgung“ führten. Die Ärztegewerkschaft appelliert an den Gesetzgeber, Einsparmöglichkeiten durch Bürokratieabbau zu nutzen. Der MB fordert außerdem, basierend auf den Erkenntnissen der eigenen Mitgliederbefragung zum Thema Machtmissbrauch und sexuelle Belästigung, Krankenhaus, Politik und weitere Akteure im Gesundheitswesen auf, Konsequenzen zu ziehen. Krankenhäuser müssten mit ihren Beschäftigten Leitbilder entwickeln, die ein „klares Bekenntnis zum Schutz der Mitarbeitenden enthalten und eine Kultur schaffen, in der Machtmissbrauch und sexuelle Belästigung nicht toleriert werden“, so der MB.

Christopher Schäfer

KBV kritisiert Gesetzes- und Reformvorhaben

Das Beitragssatzstabilisierungsgesetz sei ein reines Sparprogramm zulasten der Versorgung und der Versicherten – das hat der Vorstand der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) bei der Vertreterversammlung kurz vor dem 130. Deutschen Ärztetag in Hannover kritisiert. Wenn eine einnahmenorientierte Ausgabenpolitik gefordert werde, könne nur noch ein einnahmenorientiertes Leistungsangebot bereitgestellt werden. Nach Berechnungen der KBV könnten in der Konsequenz 46 Millionen Behandlungsfälle allein für 2027 wegfallen. Zudem sehe die KBV voraus, dass der Kabinettsbeschluss zur Notfallreform die ambulante Versorgung massiv schwächen werde. Damit würden ineffiziente Doppelstrukturen geschaffen werden. Diese Reform mache den Menschen Versprechungen, die nicht zu erfüllen sind. Mehr Geld fordert die KBV auch in Bezug auf das Digitalisierungsgesetz. Die Infrastruktur müsse entsprechend finanziert werden. Das dürfe nicht aus der Vergütung der Vertragsärzte und -psychotherapeuten geleistet werden. Steuerung und Digitalisierung seien nicht zum Null- oder vielmehr Minustarif zu haben, so die KBV. Mit dem Gesetz zur Stabilisierung der Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung erhöht sich das Finanzdefizit nochmals erheblich, denn schon jetzt erhalten die Praxen nicht alle Untersuchungen und Behandlungen bezahlt. Die Ärztinnen und Ärzte sowie Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten werden sich auf die neuen Kürzungen einstellen und ihre Tätigkeit anpassen müssen, wenn sie ihre Praxis wirtschaftlich führen und langfristig erhalten wollen.

Michaela Kabon